

Titelthema

Mittelstand in Europa

Standorte, Strukturen, Steuern

Special

Fuhrpark • Flotte
Firmenwagen

Ziele und Strategien
Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Markterfolg im Ausland
Italien, Spanien, Osteuropa

Beratungsleistungen
Kapitalanlage & Vermögen

Strategische Politik Unabdingbare Ziele der Integration

POLITIK Nach dem Nein Irlands zum Vertrag von Lissabon ist die Zukunft der dringenden Reformen, die der Neuanfang mit sich bringen sollte, mehr als ungewiss. Doch statt hektischer Manöver ist ein reifer historischer Schritt gefragt. Die Europäische Union braucht einen Führungsimpuls, um ihre Verunsicherung zu überwinden. Es geht um Europas weltpolitische Mitverantwortung, um seine Handlungsfähigkeit und um seine Möglichkeit, Identität zu stiften. Der Gemeinschaft fehlt eine klare Perspektive.

Die Epoche der Internationalisierung und Globalisierung hat die europäischen Staaten zu klein werden lassen, um die großen Probleme zu lösen. Internationale Krisenherde, weltweiter Terrorismus, Wettbewerbsdruck, Klimawandel, Ressourcenengpässe, Migration: Europa ist durch die weltpolitischen Risiken extrem gefährdet. Deshalb muss die EU in ihrem eigenen Interesse einen großen weltpolitischen Stabilitätsbeitrag leisten. Doch komplizierte und langwierige Verfahren lähmen die Entscheidungsfindung. Angesichts der möglichen Beitritte Kroatiens, der Westbalkanstaaten und der Türkei wird sich die Situation weiter verschärfen.

Die Dichte der europäischen Integration hat ein Niveau erreicht, das die Frage nach ihrer Verfasstheit aufwirft. Die EU hat den größten Binnenmarkt der Welt, sie verfügt mit dem Euro über eine der stärksten Währungen, sie ist ein wichtiger Akteur in der internationalen Krisenbewältigung, sie bietet ihren Bürgern ein hohes Maß rechtlicher und sozialer Absicherung. All dies hat die EU verwirklicht – ohne politische Handlungsfähigkeit und supranationale Legitimation zu elementaren Kategorien ihres Daseins werden zu lassen. In jeder Situation der Integrationsgeschichte wurden Zuständigkeiten nach Einzelinteressen und Stim-

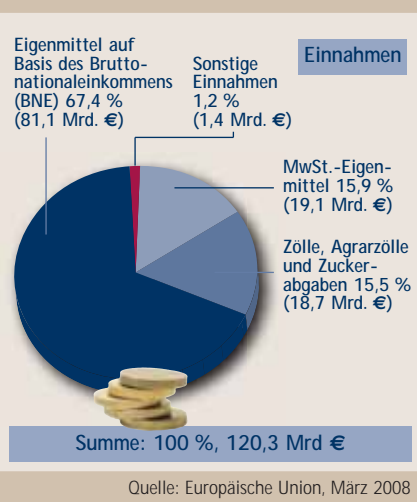
mungslage fast zufällig übertragen. Vom Binnenmarkt über die Währungspolitik, von der Umweltpolitik bis zur Sicherheit: Alles ohne systematischen Zugang.

Ein Europa, das magnetisch immer mehr Aufgaben und Mitglieder anzieht, verlangt jedoch nach verbürgter Zuverlässigkeit. Es ist nicht länger bloß ein Gegenstand von Pathos und Vision, sondern ein Produzent öffentlicher Güter, an den harte Leistungserwartungen zu richten sind. Den Imperativ handlungsfähiger Zuverlässigkeit

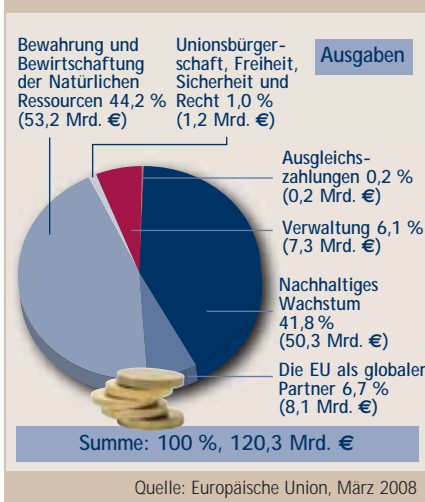
hat die Europäische Union 2004 in eine Verfassung zu gießen versucht. Dieser Versuch, der Union neue politische Dignität zu geben, scheiterte allerdings am Widerstand der Bürger in Frankreich und in den Niederlanden. Dass eine Reform unumgänglich war, war allen Beteiligten bewusst. Mit dem Vertrag von Lissabon sollte dann diese dringend notwendige Justierung der politischen Architektur Europas vorgenommen werden.

Doch auch dieser Reformversuch steht nach der Entscheidung der irischen Bevöl-

EU-Haushaltsplan 2008



EU-Haushaltsplan 2008



kerung vor einem möglichen Scheitern. Der EU droht Stagnation und möglicherweise sogar der Zerfall. Blickt man allerdings auf die Leistungen der Geschichte der europäischen Integration zurück, ist dies jedoch keine Alternative. Die Reformen des Vertrags von Lissabon müssen umgesetzt werden. Dazu gehört die Korrektur der Entscheidungsprozesse, die Sicherung der demokratischen Legitimation, die Stärkung der Institutionen und die Ermöglichung weltpolitischer Handlungsmöglichkeiten.

Das eigentliche Elend der politischen Kultur ist die Stimmengewichtung im Ministerrat nach Maßgabe des Vertrags von Nizza. Die asymmetrische Machtverteilung und die intransparente Komplexität sind skandalös. Der Abstimmungsmodus beschert den großen Staaten 29 Stimmen sowie den kleinsten drei. Deutschland stünden aber gemessen an seiner Bevölkerung 767, Frankreich 554 und Großbritannien 552 Stimmen zu. Diese machtpolitische Schiefelage verschärft die Akzeptanz- und Legitimationskrise der Union so dramatisch, dass die europäische Integration endgültig zu scheitern droht.

Die Einführung der »doppelten Mehrheit«, die der Vertrag von Lissabon vorsieht, ist die Schlüsselqualifikation auf dem Weg zu mehr Handlungsfähigkeit und Demokratie. Die Zahl der Bürger und der Staaten als alleinige Legitimationsstränge europäischer Entscheidungen könnten das strukturelle Dilemma der EU weitgehend beheben. Ist dieser Entscheidungsmechanismus etab-

liert, werden sich auch alle anderen Probleme im demokratischen Prozess lösen lassen.

Zu den zentralen Reformen gehören zudem die Ausweitung der Mehrheitsentschei-



Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld

dungen, die Reform der Zusammensetzung der Kommission, die Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die klarere Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten, die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, die Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte, die Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens sowie die Justierung der Instrumente der differenzierten Integration. Insofern enthält der neue Vertrag viele Mechanismen, die eine Weiterentwicklung der EU ohne anstrengende Vertragsverhandlungen erlauben. Nicht zuletzt schafft das neue Vertragswerk neue »Ge-

sichter« der EU: Der Europäische Rat erhält einen für zweieinhalb Jahre gewählten permanenten Präsidenten. Und es gibt einen Außenminister der Union – auch wenn der »Hoher Repräsentant der Union für Außen- und Sicherheitspolitik« heißt. Damit wird die EU gegenüber internationalen Partnern und gegenüber ihren Bürgern viel sichtbarer werden. Identifikation mit Europa wird so möglich gemacht.

Der Vertrag von Lissabon stellt im Vergleich zum Status Quo eine erhebliche Verbesserung von Handlungsfähigkeit und Demokratie in Europa dar. Das größte Manko des Integrationsprozesses aber, dessentwegen der Reformprozess erst in Gang gesetzt wurde, bleibt bestehen. Die Traditionslinie komplizierter Verfassungsentwicklung der letzten Jahrzehnte setzt sich fort. Es gibt keinen schlanken, leicht verständlichen, kurzen Text, der alles enthält und erklärt. Die Bürger stehen immer noch eher ratlos einem Konvolut unterschiedlicher Vertragsteile gegenüber, die allenfalls Spezialisten verstehen. Was fehlt, ist die gebotene Überblickstransparenz, ohne die eine innere Verbindung von EU und Bürgern nicht entstehen kann.

Daher konnte man als Vertragsgegner alles Mögliche in den Text hineindeuten – von der Gefährdung der irischen Neutralität über den Verlust wirtschaftlicher Standortvorteile bis hin zur Bedrohung der nationalen Souveränität. Dabei wurde das historische Projekt einer europäischen Friedens-

► Fortsetzung auf Seite 14

Wie bewegt man Europa?

Europa ist in Bewegung – und wir sind dabei. Mit einem Netzwerk von mehr als 70 Partnern in 19 Ländern sorgen wir dafür, dass Ihre Sendungen sicher und pünktlich dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Und das europaweit. Dabei verbinden wir mittelständische Nähe mit außergewöhnlichen Leistungen – zum Beispiel einem lückenlosen europaweiten Track & Trace. Kann man Europa wirkungsvoller bewegen? CargoLine. Am Stück. Gut.

www.cargoline.de

Zur Ehrenrettung

Potenziale in Westeuropa

Die aktuellen Meldungen über sinkende Wachstumsprognosen, Immobilienkrise und steigende Inflation erwecken den Anschein, in den alten EU-Ländern sei nicht mehr viel los, so dass sich Mittelständler in Osteuropa oder gar auf anderen Kontinenten engagieren sollten. Dabei gibt es in den alten Mitgliedstaaten nach wie vor sehr gute Möglichkeiten für Auslandsgeschäfte, zumal oft nicht genau genug betrachtet wird, welche Größen sich tatsächlich hinter Wachstumsraten verbergen. Das betrifft auch Analysen klassischer EU-Länder, wie die folgenden Zahlen zeigen.



Dr. Elfi Schreiber

Das Bruttoinlandsprodukt der zwölf Staaten, die seit dem 1. Mai 2004 der Europäischen Union beitraten, machte 2007 nur etwas mehr als ein Zehntel des BIP der EU-15 Staaten aus. Der aggregierte Wert für die neuen Beitrittsländer ist nur fast halb so hoch wie das BIP Frankreichs und liegt bezogen auf Deutschland bei etwas mehr als einem Drittel. Auch wenn die Wachstumsraten für Litauen, Rumänien und die Slowakei 2008 mit 6 % und mehr verheißungsvoll klingen, sind dies insgesamt nicht mehr als 13,8 Mrd. Euro Zuwachs. Obwohl die neuen Mitglieder auf lange Sicht Entwicklungs- und Handlungspotenzial bieten, bleiben Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, die Niederlande und Spanien für die Prosperität der EU bestimmend. Auch bei der Kaufkraft liegt das »alte« Europa vorn.

Die mit Abstand höchste Wirtschaftsleistung gemessen am BIP je Einwohner zu Kaufkraftparitäten (Stand Juni 2008) hat Luxemburg wegen seiner geringen Bevölkerungszahl, gefolgt von Irland, den Niederlanden, Österreich und Schweden. Großbritannien liegt auf Rang 9, Deutschland auf Platz 10 und Frankreich auf Rang 11. Polen, das durch den Binnenmarkt und die Nähe zu Deutschland für viele Firmen von großem Interesse ist, folgt erst

auf Rang 25, Rumänien auf Rang 26 und Bulgarien auf Rang 27. Andererseits erhalten Polen, Tschechien, Ungarn und Rumänien im Rahmen des Finanzplans 2007 bis 2013 die meisten Gelder aus Brüssel.

Der Anteil der EU-Länder am deutschen Außenhandel beträgt über 60 % und steigt weiter dynamisch. Im 1. Halbjahr 2008 nahmen die Exporte im Vorjahresvergleich um 5 % und die Importe um 6,8 % zu. Auch hier aber gilt: Obwohl die Dynamik in den alten EU-Mitgliedstaaten nur etwa halb so hoch ist wie in den neuen, wurde die Masse des Außenhandels und das größte Lieferplus mit diesen Ländern realisiert. Frankreich, die Benelux-Staaten, Dänemark und Österreich sind unverändert im Fokus des deutschen Mittelstands, weil die Transportwege kurz sind und es regionale sprachliche und kulturelle Gemeinsamkeiten mit den Handelspartnern gibt.

Befragungen der Handwerkskammern bei über 8.500 Firmen belegen, dass deutsche Firmen im nahen Ausland wegen ihres besseren Preis-Leistungs-Verhältnisses Wettbewerbsvorteile genießen. Dabei bieten immer mehr Handwerksbetriebe mit 10 bis 50 Beschäftigten ihre Leistungen grenzüberschreitend an, speziell im Baugewerbe und im Kfz-Handwerk, wobei Skandinavien neben Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Österreich wichtiger wird, da es dort vor allem im Bausektor Kapazitätsengpässe und einen Fachkräftemangel gibt. Im Übrigen sind Energieeffizientes Bauen, Erneuerbare Energien und Energiesparteknik, einschließlich Haushaltsgeräte, die Modernisierung der Transport- und Logistikinfrastruktur, Medizintechnik und Pharmazeutika in fast ganz Westeuropa Wachstumsbereiche. ■

Dr. Elfi Schreiber, Referatsleiterin Westeuropa, Türkei, Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), Köln

► Fortsetzung von Seite 13

ordnung gar nicht verneint. Fast 75 % der Iren halten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes prinzipiell für eine gute Sache, viel mehr als der europäische Durchschnitt von 52 %. Dies wurde aber von der Unsicherheit über die Richtung und die Frage nach dem »Warum« des Integrationsprojekts überlagert.

Die EU ist mehr als die Nationalstaaten auf eine Begründungslogik angewiesen. Als politisches System im Werden muss sie eine Orientierung für ihre Bürger erbringen, um ihre eigene Legitimation zu stärken. Europa braucht eine überzeugende Formel für die künftige Notwendigkeit europäischer Integration. Wozu brauchen wir die EU sonst, jenseits der Wahrung des bereits Erreichten? Europa als wirtschaftliches, politisches und sicherheitspolitisches Projekt, das in einem dynamischen Umfeld nach innen und außen mitgestaltet: Diesen Begründungszusammenhang zu konkretisieren und überzeugende Deutungsmuster zu artikulieren, entscheidet über die Legitimation der EU.

Eine politische Ordnung ohne strategische Perspektive gefährdet ihr Selbstbewusstsein, ihre Identität und ihre Werte. Ein Blick in die Geschichte Europas lehrt, unbedingt die zivilisatorische Alternative zu wählen: Positives Bewusstsein der strategischen Notwendigkeiten öffnet die Tür zu einem selbstsicheren Europa. Eine solche Großleistung kann das Europa erbringen, das heute so tief verunsichert ist. Nötig ist eine intellektuelle Großtat jenseits der technischen Reformen, aus dem Europas neues Gesicht entstehen kann. Die Übersetzung dieses neuen Gedankens in einfache, elementare Symbolsprache ist die Schlüsselherausforderung der EU. ■

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld,
Professor für Politische Wissenschaft und
Direktor Centrum für angewandte Politik-
forschung (CAP), Geschwister-Scholl-Institut
für Politische Wissenschaft, Ludwig-
Maximilians-Universität, München

Literatur

Prof. Dr. Werner Weidenfeld (Hg.) »Lisabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union« • Baden-Baden 2008 • 284 Seiten • 29,00 € • Nomos Verlag • ISBN 978-3-8329-3524-5